

Marzahn- Hellersdorf **links**

Die Linkspartei.PDS • Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Als Streiter für die Gerechtigkeit - so kennen ihn viele seiner Nachbarn, Genossen und Mitstreiter in Vereinen. Eberhard Roloff mischt sich ein, nicht nur, wenn es um Siedlungsgebiete geht. Auch für die Großsiedlung setzt er sich ein. Seite 2

Dem Gedenken an Raoul Wallenberg war die jüngste Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung gewidmet. Das Freizeitforum ist gesichert. Was es außerdem an kommunalpolitisch Neuem gibt, lesen Sie auf Seite 4

Beim Wahlkampf in Bremen halfen Mitglieder der Linkspartei aus anderen Bundesländern. Auch viele Berlinerinnen und Berliner waren dabei. Und dass das Spaß macht, beweist Norbert Seichters muntere Schilderung Seite 6

Vertane Chancen? Das Bezirksparlament nutzen!

Auf die Frage nach den wichtigsten Gründen für die Wahlverluste der Linkspartei im Herbst 2006 sagen in einer Mitgliederbefragung im Bezirksverband der Partei fast drei Viertel (73 %), die Erfolge der Linkspartei seien nicht bekannt. Ich ziehe für mich daraus eine Schlussfolgerung: Wir sollten uns als Partei weniger mit uns selbst beschäftigen und mehr in die Gesellschaft, in die Öffentlichkeit hineinwirken.

Die aktuellen Probleme des Bezirkes sind Gegenstand der Tagungen des Bezirksparlaments, das alle vier Wochen im Marzahner Freizeitforum berät. Dort geben die Bürgermeisterin und die StadträtInnen für Verordnete und Gäste interessante, wichtige Informationen. Jedesmal, wenn ich die Tagung als Vorsteherin eröffne, wünsche ich mir, dass der Saal für die Gäste und Besucher nicht ausreicht, aber - es ist nicht so.

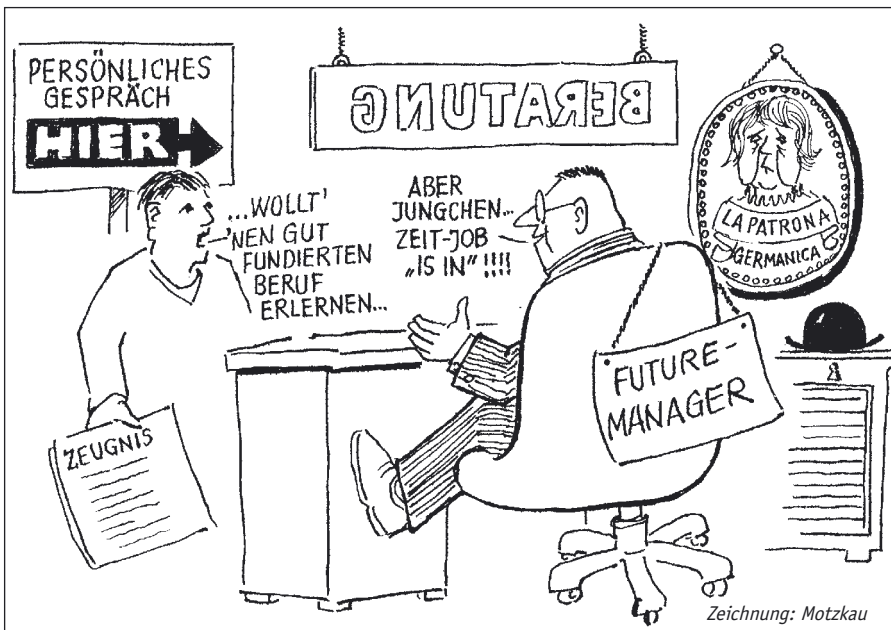
In diesen Monaten sind es Fragen des Haushaltsplanes für die nächsten zwei Jahre oder der Bürgerhaushalt. Ich weiß, manch eine scheut vor der Sprache, wenn da von Rückstellungen die Rede ist oder dass ein Rest-

wertdefizit aufgelöst werden soll. Aber ohne Geld geht nun mal nichts, und ich fordere jede und jeden auf: hinkommen, zuhören! Ich verweise noch einmal auf die Mitglieder-

schüssen eine verantwortungsvolle Arbeit; die Sitzungen sind öffentlich. Als Linkspartei sind wir veranlasst, die Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung, auch die Arbeit der Ausschüsse, auch die Konflikte mit anderen Parteien, in die Öffentlichkeit zu tragen. Seien es die Themen Straßenumbenennung im „Musiker-Viertel“, der Sportentwicklungsplan, die Schulplanung, die Bebauungspläne oder die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen.

Ich glaube, dass das Bezirksparlament ein Angelpunkt für das aktivere, sachkundige Wirken unserer Partei in die Gesellschaft hinein darstellen kann, verbunden mit den vielen Vereinen, Projekten und Initiativen, in denen sich Menschen für Menschen engagieren.

Petra Wermke



befragung: Nur 5 % beteiligen sich aktiv am Bürgerhaushalt - also gerade da, wo es „um die Wurst geht“. Da müssen wir gemeinsam eine Veränderung suchen, wenn wir nicht das Feld den anderen überlassen wollen.

Ich wünsche mir, dass unsere Mitglieder und SympathisantInnen das parlamentarische Wirken der eigenen Partei im Bezirk mehr als bisher nutzen, um die Interessen der Bürger zu vertreten, auch für die eigene Sachkunde, um nach außen wirksam zu werden. Die gewählten Bezirksverordneten leisten in Aus-

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Eberhard Roloff / Petra Pau: Zwei Beispiele nur ...

Seite 3:

Wir fangen nicht bei Null an / Kiffen für Steinbrück?

Seite 4:

BVV im Gedenken an R. Wallenberg / Info-Splitter / Kurz berichtet aus dem BV

Seite 5:

Humboldt-Forum statt Fassadenschloss / Meine DDR - Deine DDR?

Seite 6:

Wahlkampf in Bremen / Post an uns

Seite 7:

Politische Bildung / Siedlungsgebiete

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE. PDS

Zur Person: Eberhard Roloff

Streiter für Gerechtigkeit

Am Ostrand der Stadt, in Mahlsdorf und Kaulsdorf-Süd, aber auch darüber hinaus, ist Eberhard Roloff für sein Engagement bekannt.

Früher aktiv in Pionierorganisation, FDJ und Partei, in der Wendezeit dabei auf Veranstaltungen mit Gregor Gysi und Käte Reichel, wollte er sich auch nach der Wende einmischen. Sein Motto: „Wo ich etwas nicht verhindern kann, da bringe ich mich ein, um Veränderungen in meinem Sinne zu erreichen“.

Der gelernte Maurer und spätere Tiefbauingenieur ist mit seinem Fachwissen und seiner Erfahrung geradezu prädestiniert, sich der Probleme der Bewohner des Siedlungsgebietes anzunehmen.

Seit 1996 ist Eberhard in der Kommunalpolitik aktiv, in der Hellersdorfer BVV, dann in der BVV Marzahn-Hellersdorf. Er war Mitglied der Ausschüsse für Siedlungsgebiete, Wirtschaft und Arbeit, zuletzt auch für Ökologische Stadtentwicklung. Momentan ist Eberhard Roloff Nachrücker für die BVV-Fraktion, Bürgerdeputierter in den Ausschüssen für

Siedlungsgebiete und Verkehr und für Ökologische Stadtentwicklung und soziale Stadt sowie stadtentwicklungspolitischer Sprecher



Eberhard Roloff

Foto: Y. Rami

der Fraktion.

Vielen ist Eberhard Roloff als Mitglied im VMEG (Verein der märkischen Eigenheim- und

Grundstücksbesitzer e.V.) und im VDBG (Verband deutscher Grundstücksnutzer) bekannt, der sich künftig auch stärker um die Probleme der Mieter der Großsiedlungen kümmern will, denn auch sie haben höhere Abgaben, z. B. für Müll und Wasser, merken diese aber nur centweise, so Roloff. Seine Mitarbeit in den zitierten Gremien bezieht sich nicht nur auf aktive Mitgliedschaft. Er arbeitet in den Fachgruppen „Wasser und Abwasser“ und „Erschließung und Siedlungsentwicklung“ sowie fakultativ nach Einladung in der Fachgruppe „Kommunale Gebühren und Abgaben“ des VDBG, die Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet beraten. Schwerpunkte sind Straßenbau, Preise für Wasser, Abwasser, Müllabfuhr, Straßenreinigung und Schornsteinfegergebühren. Außerdem ist Eberhard Leiter des Beirates der Regionalgruppe Mahlsdorf-Süd mit über 400 Mitgliedern. Regelmäßig arbeitet er mit den Fachpolitikern der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus zusammen, mit Bezirksstadtrat Lüdtke und seiner Basisgruppe, die ihn wieder zum Delegierten der Hauptversammlung gewählt hat. Seine ruhige, sachliche Art kommt ihm auch in der Landesschiedskommission der Partei zu Gute. Nicht unerwähnt soll Eberhard Roloffs Mitgliedschaft im Städtepartnerschaftsverein bleiben.

Problematisch ist für Roloff, dass „es zu lange dauert, bis etwas in Gang kommt“ und der Kapitalismus zur Lösung der Probleme der Welt nicht geeignet ist. Darum bleibt er auch bei unserem wilden Haufen Linke.PDS!

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB): Zwei Beispiele nur ...

Wie macht man ein Übel sinnlich erfahrbar? Indem man ein Beispiel wählt, das Ekel erzeugt und abschreckt. So geschehen, als nach dem Ende der DDR ruchbar wurde, dass deren Ministerium für Staatssicherheit Tausende Geruchsproben von missliebigen Bürgerinnen und Bürgern in Konservengläsern aufbewahrt hatte. Deshalb werden sie seither prominent als Markenzeichen der untergegangenen DDR im „Haus der Geschichte“ in Bonn präsentiert. Nun wurde

Recht empörten sich die West-Medien über den künstlichen Hochsicherheitstrakt. Zeitsprung: Das Ostsee-Bad Heiligendamms wurde für den G8-Gipfel auserkoren. Die Stadt wurde weiträumig umzäunt. Zehntausende Polizisten bewachen den Austragungs-Ort zu Land und zur See. Das Volk könnte stören, kritische Geister erst Recht.

Zwei Beispiele nur, vergleichbar oder nicht? Ich überlasse die Antwort der jeweiligen Leserin bzw. dem jeweiligen Leser. Relativiert sich damit DDR-Unrecht? Nein! Relativiert sich damit die „moralische Instanz“

BRD? Ja! Mehr noch: Die Bundesrepublik Deutschland ist auf dem gefährlichen Weg zu einem grundsätzlichen Systemwechsel, weg vom demokratischen Rechtsstaat, hin zum präventiven Sicherheitsstaat. Bürgerinnen und Bürger gelten darin nicht mehr als Souverän, wie das Grundgesetz vorschreibt, sondern als potentielle Gefahr, und zwar alle. Dieselbe Sicherheits-Philosophie gab es schon mal. Dagegen hilft nur eine neue, engagierte Bürgerrechtsbewegung. Bevor es zu spät ist.

jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:

http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

bekannt: Die Polizei hat in mehreren Bundesländern Geruchsproben von vermeintlichen System-Kritikern genommen, prophylaktisch vor dem G8-Gipfel.

1981 besuchte der damalige Bundeskanzler der BRD den damaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR. Man krönte den Besuch mit einer Visite in der Barlach-Stadt Güstrow. Diese wurde hermetisch abgeriegelt. Kein Normalsterblicher durfte hinein und kein Einwohner aus dem Haus. Jeglicher Protest wurde ausgeschlossen, mit Sicherheit. Zu

Feste feiern ...

... können unsere Marzahner auf der Promenade. Und erst recht die Biesdorfer im herausgeputzten Park und Schloss. Das Wetter belohnte die Mutigen wie auch die Feierlustigen. Am Stand der Linkspartei machten viele mit. Dank Euch allen! Ein Debüt auf dem Blütenfest für Dr. Viktor Fromm und Carl Wechselberg - sozusagen unter „Schirmherrschaft“ unseres Rotschopfes Petra Pau und der ortsansässigen GenossInnen. Am ersten Tag war die aktuelle „Marzahn-Hellersdorf links“ bereits kurz vor 17 Uhr vergriffen – am Sonntag dann reichten die Reserven. Andere Materialien blieben weniger beachtet, aber für bereitgestellte Archivexemplare des 2006er Jahrgangs bestand Interesse. Wichtiger als die Verteilung von Material die vielen Gespräche. Das empfanden die benachbarten Gewerkschafter genauso – erstmals bei so einem Stadtteilfest agierten IG BAU, ver.di und GEW gemeinsam unter dem DGB-Dach. Kurz: Freundliche Besucher und solidarische Gleichgesinnte motivierten uns auf angenehme Weise. Und wird der ganze sommerliche Versammlungs- und Parteitagmarathon überstanden sein, freuen wir uns schon auf die Herbstfeste mit einer gestärkten LINKEN.

Bernd-R. Lehmann

Wir fangen nicht bei Null an

Die Wahlen 2006 liegen hinter uns und die Mitgliederbefragung, die Teil der Auswertung war, ist geschafft. Das Wahlergebnis im Herbst machte aus meiner Sicht deutlich, dass Politik am besten von unten diskutiert und gemacht werden muss. Wenn wir die Menschen in den Kiezen erreichen, können wir die Basis linker Politik im Bezirk verbreitern. Wir müssen uns vor dem Erreichten nicht verstecken. Wir gestalten diesen Bezirk aktiv mit und Marzahn-Hellersdorf ist ohne DIE LINKE kaum denkbar.

Trotz des stetigen Zuwachses an Verantwortung konnten wir bislang unsere Partei nicht für die gewachsenen Herausforderungen neu aufstellen. Die Mitgliederbefragung hat zwar gezeigt, dass die Partei älter wird und unsere Handlungsfähigkeit und Erkennbarkeit in den Stadtteilen abnimmt. Vielmehr wurde aber deutlich, dass wir eine hohe Zahl aktiver GenossInnen haben, die bereit sind, ihre Fähigkeiten einzusetzen, um für eine starke Linke zu kämpfen. Diese Potentiale müssen wir nutzen. Einerseits haben wir die Aufgabe, die Partei zu öffnen, damit junge Menschen Zugang in die Strukturen finden. Andererseits sind es die älteren GenossInnen, die diese Partei bislang getragen haben und einen festen Pfeiler im Bezirksverband darstellen. Nutzen wir die Erfahrungen und Ressourcen, die dies uns bietet. Ich will eine Partei, die fähig ist, junge unkonventionelle Politikansätze mit existierenden und bewährten zu verbinden.

Pecunia non olet – oder ... Kiffen für Steinbrück?

Am 19.4.2007 brachte die Links-Fraktion im Bundestag zur Legalisierung von Cannabis-Produkten (u.a. Haschisch und Marihuana) eine Kleine Anfrage ein. Von deren vielen Einzelfragen seien folgende „Kostproben“ zitiert:

„...Wie hoch schätzt die Bundesregierung die möglichen Steuereinnahmen bei einer legalen Organisation des bestehenden Cannabismarktes? Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung des Deutschen Hanf Verbandes, dass mit direkten Verbrauchsteuern auf Cannabis in Deutschland mindestens 530 Mio. Steuereinnahmen – möglicherweise auch mehr – erzielt würden?...Wie viele Arbeitsplätze würden nach Meinung der Bundesregierung entstehen, wenn der Cannabismarkt in Deutschland legal geregelt würde? Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung des Deutschen Hanf Verbandes, dass bei einer Regulierung des derzeit bestehenden Cannabismarktes 13 500 bis 24 000 Arbeitsplätze in Deutschland allein im Einzelhandel entstehen würden?...“

Um es klar zu sagen: Für wie gegen eine Duldung so genannter weicher Drogen sprechen

Vor uns liegen zwei Herausforderungen: zum einen setzen wir uns intensiv mit den Ergebnissen der Mitgliederbefragung auseinander. Dies sollte nicht allein im Bezirksvorstand, sondern vielmehr in den Basisgruppen stattfinden. Nur wenn es uns gelingt, alle GenossInnen mitzunehmen, können wir effektiv und basisdemokratisch Veränderungen erreichen. Zum anderen sollten wir die Parteien-Neugründung nutzen, um unsere Strukturen zu überdenken, Aktionsfelder neu auszuloten und um uns ein Leitbild zu erarbeiten. Ein Leitbild, dass ich als breiten Diskurs verstehe, an dessen Ende ein Zukunftsentwurf für Marzahn-Hellersdorf steht.

Wir müssen für das Engagement von Menschen, die nicht oder noch nicht Mitglied unserer Partei sind, werben und ihnen Möglichkeiten bieten und aufzeigen, aktiv zu werden.

Drei Fragen möchte ich für mich herausstellen:

- Wie können wir DIE LINKE erkennbar, aktionsfähig und vor allem vor Ort besser erreichbar machen?
 - Wie können wir Politik miteinander auf breiter Basis von unten entwickeln?
 - Wie können wir die Partei verjüngen und hierbei die Potentiale der älteren GenossInnen nutzen?
- Packen wir es an – gemeinsam und solidarisch.

Bjoern Tielebein

viele Argumente. Diese sind zu diskutieren. Eine Argumentation sollte sich aber, zumindest für die Linke, von selbst verbieten – nämlich jene aus arbeitsmarkt- und fiskalpolitischer Sicht. Haben sich die Anfragenden eigentlich Gedanken darüber gemacht, welche Tür sie mit dieser Denkweise aufstoßen? Wohin soll es führen, wenn wir künftig bei Straftatbeständen erst überlegen, ob der Staat da nicht kräftig verdienen könnte – zum Beispiel beim freien Waffenverkauf? Haben wir uns nicht stets dagegen gewehrt, Waffenproduktion und –export würden Arbeitsplätze schaffen? Soll linke Finanzpolitik in „Kiffen für Steinbrück und Münze“ bestehen? Das Tütchen Hasch bei Lidl, Kaisers & Co. neben der Kinderschokolade? Das gerade jetzt, wo gegen Alkoholmissbrauch aufgeklärt und Nichtraucherschutz forciert wird! Nicht die Linken sollten es sein, die austesten, wo Geld doch zu stinken anfängt.

Es besteht ein enormer Unterschied zwischen der Duldung des an sich illegalen Konsums und dessen aktiver Förderung durch Legalisierung. Und nur über letzteren Weg wären Steuereinnahmen realisierbar! Das jedoch verstieße klar gegen das seit 1961 von rd.

Für eine Fusion auf Augenhöhe

Die Linkspartei hat einen neuen Jugendverband. Vom 17. bis 20. Mai fand im Kino „Kosmos“ die Gründungs-Bundesdelegierten-Konferenz des neuen Jugendverbandes der Linkspartei statt. Knapp 250 junge Menschen aus Linkspartei und WASG sowie den „alten“ Jugendverbänden [solid] und Junge Linke hatten sich versammelt, um gemeinsam den neuen Jugendverband aus der Taufe zu heben.

Leider hatte man aber den Eindruck, dass oftmals weniger die gemeinsame Zukunft als vielmehr die Bewahrung der eigenen Vergangenheit bzw. die Neuaufgabe alter Streits im Zentrum der sehr emotionalen Debatten stand – vor allem zwischen [solid] und Junger Linker. Dabei wurden die Konflikte aber auch nicht offen ausgetragen, sondern eher an Stellvertreterdebatten abgearbeitet. Die WASG-Delegierten bzw. ihre Vertreter waren mehr als einmal gezwungen, in unappetitlichen Auseinandersetzungen den Schlichter zu spielen.

Schließlich wurden am Sonntag unter viel Geschrei und gegenseitigen Vorwürfen ein neuer Name sowie eine neue Satzung beschlossen und ein neuer BundessprecherInnenrat gewählt. Dass aber damit die Auseinandersetzungen in der neuen „Linksjugend solid“ noch lange nicht vorbei sind, zeigte sich kurz darauf in der Wahl zur Bundesschiedskommission, bei der alle männlichen Kandidaten durchfielen. Einen neuen Wahlgang gab es nicht, da wir 16 Uhr aus dem Kosmos „rausgeworfen“ wurden.

Im Angesicht dieser deutlichen Verwerfungen im neuen Jugendverband hat sich DIE LINKE.Jugend Marzahn-Hellersdorf [solid]-MH entschlossen, noch vor der Neugründung des Berliner Landesverbandes in die junge linke.pds berlin-brandenburg einzutreten, ohne aus [solid]-Berlin auszutreten. Mit diesem Schritt möchten wir ein Zeichen für eine Fusion in Berlin auf Augenhöhe setzen. Wie es in unserer Eintrittserklärung steht: „Wir wollen unseren Beitrag für einen fairen Fusionsprozess auf Landesebene leisten und möchten vermitteln, wo Kompromisse notwendig sind.“

Hassan Metwally

180 Staaten unterzeichnete Einheitsabkommen über die Betäubungsmittel.

Am 10. Mai kam mit Bundestagsdrucksache 16/5219 die Antwort der Bundesregierung mit der Kernaussage: „Drogenanbau kann kein Instrument der Arbeitsmarktpolitik sein.“

Dem ist nichts hinzuzufügen – nur unser Wunsch, keiner Bundesregierung mehr derartige Steilvorlagen zum „Abwatschen“ der LINKEN zu geben. Pecunia non olet? In dem Falle stinkt Geld doch!

Dr. Stephan Müller u. Bernd-R. Lehmann

BVV im Gedenken an Raoul Wallenberg

Zu Beginn der Sitzung im Mai präsentierten Schülerinnen und Schüler der Rudolf-Virchow-Oberschule Projektarbeiten zum ehrenden Gedenken an Raoul Wallenberg (1912-1947).

Wallenberg, jüdisch-schwedischer Diplomat, sorgte in seiner Funktion als erster Sekretär der schwedischen Gesandtschaft in Budapest für die Rettung von Hunderten vom Holocaust bedrohten ungarischen Jüdinnen und Juden. Die Schülerinnen und Schüler der Rudolf Virchow Oberschule beschäftigten sich in einem gemeinsamen Schulprojekt über ein Jahr lang mit der Persönlichkeit Raoul Wallenberg und besuchten dabei auch dessen Wirkungsstätten in Budapest und Stockholm.

Den Bezirksverordneten präsentierten sie u.a. einen selbst gedrehten Filmbeitrag sowie drei Modelle für Denkmäler zu Ehren Wallenbergs. Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle sagte ihre Unterstützung zur Realisierung der Projektvorschläge zu und lud die Schülerinnen und Schüler zu einem Gespräch ein, um darüber zu beraten. Ihre Unterstützung signalisierten ebenfalls die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Petra Pau, sowie die Abgeordnete Margrit Barth (beide Linkspartei).

Keine Kürzung

bei den Hilfen zur Erziehung

Jugendstadträtin Manuela Schmidt informierte die Verordneten über eine Initiative aller Berliner Jugendstadträte an den Finanzsenator, um die Rücknahme der erneuten rigiden Kürzungen im Bereich Hilfen zur Erziehung zu erreichen. Bleiben diese Kürzungen in Kraft, droht in allen Bezirken eine massive Unterfinanzierung.

Info-Splitter aus dem Bezirk

- Das Grundstück Mark-Twain-Str. 2, bestehend aus den Flurstücken 1324 und 1327, bebaut mit einem Kaufhallengebäude (Kaiser's-Kaufhalle), wurde mit Wirkung vom 1.9.2006 aus dem Bestand des bezirklichen Finanzvermögens in das Eigentum des Liegenschaftsfonds Berlin (LFB) übertragen. Der LFB hat das Grundstück an die Wohn- und Gewerbebau GmbH, Königs Wusterhausen veräußert.

Das Gebäude wurde bereits abgerissen. An dem Standort entsteht eine weitere Lidl-Kaufhalle.

- Das Grundstück in der Stollberger Str. 57, auf dem sich die seit Jahren leer stehende ehemalige Kaiser-Kaufhalle befindet („Boulevard Kastanienallee“) wurde mit Wirkung vom 1.4.2004 in das Eigentum der LFB übertragen. Ein Projektentwickler hat sich Anfang des Jahres 2007 beim Bezirksamt zu Fragen eines möglichen Abbruchs und der Neubebauung des Grundstückes für eine Handelseinrichtung (Nahversorger) abgestimmt. Konkrete Verkaufsverhandlungen gibt es gegenwärtig jedoch nicht.

Zukunft des Freizeitforums abgesichert

Erfreuliche Neuigkeiten konnte Manuela Schmidt zum Freizeitforum Marzahn vermelden. Die Verpflichtungsermächtigung zur langfristigen finanziellen Absicherung der Betreuung des Hauses (2008-2012) wurde von der Senatsverwaltung positiv bewertet, und wird nun dem Abgeordnetenhaus von Berlin zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt.

Darüber hinaus liegt eine positive Prüfung der Bauplanungsunterlagen durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vor. Damit ist der Weg frei, um die Investitionsmittel in Höhe von 8 Mio. Euro abzurufen und die Sanierung des Hauses zu realisieren.

Eckwerte zum Doppelhaushalt

2008/2009 beschlossen

Dagmar Pohle informierte die BVV über den Eckwertebeschluss des Bezirksamts zum Doppelhaushalt 2008/2009. Die Beschlussfassung des Bezirksamts ermöglicht nun die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs, die Grundlage für die Beratung und die Beschlussfassung durch die BVV. Die Eckdaten enthalten ein Defizit von 5,6 Mio. Euro, von denen 3,1 Mio. Euro noch untersetzt werden müssen.

Solidarität gegen Rechts

Im Falle des Übergriffs von Rechtsextremisten auf einen 67-jährigen Bürger an einem NPD-Stand in Hellersdorf demonstrierte Dagmar Pohle ihre Solidarität und sagte ihre Unterstützung zu, um die Täter ausfindig zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Am 6. Mai hatten NPD-Anhänger den 67-jährigen angegriffen, nachdem er einen Flyer der

NPD zerrissen hatte. Daraufhin wurde ein 24-Jähriger vorläufig festgenommen, kurz danach jedoch wieder freigelassen. Der Polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Stadtteilpark wird nach

Regine Hildebrandt benannt

Bezirksstadtrat Norbert Lüdtke informierte die BVV über die bevorstehende Einweihung des neuen Stadtteilparks in Hellersdorf. Er wird nach Regine Hildebrandt benannt. Die offizielle Einweihung findet am 21. Juni um 19.00 Uhr statt.

Anträge der Linksfraktion beschlossen

Auf Initiative der Linksfraktion wurden mehrere Anträge beschlossen. Im Zuge der Haushaltsplanaufstellung für den nächsten Doppelhaushalt beschloss die BVV auf Antrag der Linksfraktion mit großer Mehrheit die Erarbeitung einer Personalentwicklungsplanung sowie eines Qualifizierungskonzepts für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamts. Darüber hinaus wurde nach lebhafter Debatte ein Antrag der Linksfraktion beschlossen, der die Einführung eines zentralen bezirklichen Facility Managements ab 1.1.2008 einfordert. Statt bisher dezentral auf die einzelnen Ämter verteilt, soll künftig die Verwaltung und Bewirtschaftung aller bezirklichen Immobilien effektiver durch eine einzige Verwaltungsstruktur erfolgen.

Torsten Kläring

Aus dem Bezirksvorstand

Parteibildungsprozess und die Arbeit des Bezirksamtes waren bestimmende Inhalte im Mai.

Die in der parteiübergreifenden Zusammenarbeit der demokratischen BVV-Fraktionen und in den Ausschüssen erzielten Fortschritte sind vernünftig und als einzig gangbarer Weg fortzusetzen. Dagmar Pohles in Vertretung Bernd Mahlkes (SPD) geleisteter konstruktiver und vor allem transparenter Arbeit wird allseits Anerkennung gezollt. Der BV drängt Fraktion und Mandatsträger, gemeinsam mit den anderen Parteien rasch eine ausgewogene Vertretungsregelung im Bezirksamt zu erreichen. Die Gespräche zwischen den Parteien werden fortgeführt, um für die bezirkliche Immobilienbewirtschaftung eine Lösung zu finden, die zugleich positiv in das noch zu entwickelnde Konsolidierungskonzept 2007/2008 eingeht.

Der aktive Beitrag unseres Bezirksverbandes im Parteibildungsprozess wurde vom BV gewürdigt. Dank geht auch an Martin Sudmann, Olaf Junghanns und Michael Rosensky, die mit mir in Bremen/Bremerhaven am Wahlkampf teilnahmen.

Die Basisorganisationen sind aufgefordert, bis zum 8. Juni ihre Delegierten und Ersatzdelegierten zur Hauptversammlung (22.6. um 19.00 Uhr) zu wählen. **Bernd-R. Lehmann**

Humboldt-Forum statt Fassadenschloss

Die Linkspartei unterstützt die Idee, mit dem Humboldt-Forum am Ort der früheren preußischen Staatsmitte ein allen BürgerInnen zugängliches Kultur- und Wissenschaftsforum des 21. Jahrhunderts zu errichten. Jetzt zeigt sich, wie falsch es war, diese zukunftsgerichtete Entscheidung mit der rückwärtsgewandten Errichtung eines Fassadenschlosses und mit dem Palast-Abriss zu verbinden. Wir waren immer dafür eingetreten, den Palast zu erhalten und ihn am gesellschaftlichen Wandel teilnehmen zu lassen. Nach Ruinierung durch Asbestbeseitigung haben wir uns engagiert, den Rohbau kulturell zwischenzunutzen, ihn weiterzubauen für künftige Nutzungen. Auch nach Abriss plädieren wir für eine architektonische Lösung jenseits von Schloss und Palast.

Die jetzt auf Regierungsebene getroffene Vereinbarung über einen Berliner Anteil am Projekt offenbart zwei zentrale Probleme. 1. gibt es noch immer kein schlüssiges Nutzungskonzept, die für Berlin in Aussicht genommenen 5.000 qm sind völlig unbestimmt. 2. wird eine wesentliche Voraussetzung des Bundestagsbeschlusses, die Finanzierung der Schlossfassaden von privater Seite (80 Mio.

Euro), gebrochen. Bund und Berlin sollen nun die Fassaden „vor“finanzieren. Die privaten Schlossfreunde haben die Öffentlichkeit getäuscht.

Im Koalitionsvertrag von 2006 steht, dass sich Berlin nur durch Einbringung der eigenen Grundstücke beteiligt. An dieser Position muss man festhalten, wenn es zu keiner ernsthaften Debatte in der Koalition kommt. Eine gravierende Abweichung vom Koalitionsvertrag bedürfte ohnein eines Parteitagsbeschlusses. Das Projekt ist aber zu wichtig, um sich passiv zu verhalten. Die ungeklärten Fragen der Integration einer modernen kulturellen Nutzung in einen Fassadenbau (wie sollen die haushohen Südseeboote in Geschosshöhen präsentiert werden, die durch eine barocke Fassade vorgegeben werden?), lohnt den Kampf für einen Architekturwettbewerb, der auch wieder eine moderne Lösung zulässt. Auch darf der Berliner Anteil nicht nur fiskalisch gesehen werden. Was wäre, wenn Berlin endlich ein altes Problem löst und die Zentral- und Landesbibliothek in der Mitte der Stadt konzentriert werden könnte? Das könnte sich für Berlin allerdings lohnen!

Thomas Flierl (Mda)

Meine DDR - Deine DDR?

Die Grünen diskutieren DDR-Vergangenheit

Angesichts der auch in der Linkspartei gegenwärtig wieder sehr engagiert und emotional geführten Diskussion der Vergangenheit der DDR, ist ein Blick über den Zaunpfahl zu einer anderen, allerdings westdominierten, sich links gebenden Partei durchaus interessant. Und so tat ich es mir an, setzte mich an einem schönen Sommerabend ins Berliner Abgeordnetenhaus, um zuzuhören. Und-Erstaunen von allen Seiten - viele, viele kamen, auch junge Leute; manche, die ihr „ich-bin-Alt-68er“ vor sich hertragen; grüne Protagonisten; natürlich auch Vertreter der Opferverbände. Die Stimmung hatte etwas vom Prickeln und der Spannung der Wende, und das blieb auch über zwei Drittel der anberaumten Zeit so. „Schuld“ daran hatten sicher die im Podium Sitzenden: W. Biermann als „Quotenbringer“ war da; dazu K. Schröder vom Forschungsverbund SED-Staat der FU - der Wissenschaftler; M. Birlthler, Vertreterin der Opposition in der DDR; F. Eichstädt-Bohlig, deren spezielle Kenntnisse scheinbar darin liegen, dass sie DDR-Verwandtschaft hatte; P. Hugues, französische Journalistin mit einer außergewöhnlichen Ost-West-Sicht; dazu - und sicher bewusst als „Gegenspieler“ gesetzt - L. Bisky. Und natürlich kam es so, wie es sich sicher einige erhofft hatten - Biermann macht den Provokateur: Er setzte sich aus „hygienischen Gründen“ nicht mit einem Vertreter aus dieser Partei an den Tisch. Lachen. Und so hampelte er denn zwischen Zuschauerreihen und Mikrofon hin und her,

machte den Clown. Nein, ein Biermann hat in solchen ernst gemeinten Debatten kaum noch Platz, zu selbstdarstellerisch, zu bitter und verletzt ist sein Blick auf die Vergangenheit. Und er endet 1978 - mit dem „Weggehen“ verbunden sind nur noch Hass, Häme, Selbstmitleid. So muss denn A. Ströwer, Kulturspecherin der Grünen, die das Gespräch engagiert moderierte, einige Male eingreifen, um Biermann das Mikrofon wieder zu entreißen. Denn andere haben viel mehr beizutragen. So sind die Positionen des Wissenschaftlers auch die, die das Gespräch immer wieder versachlichen. Hatte denn die DDR 1945 überhaupt eine Chance zu einem eigenständigen, demokratischen Weg? Da scheinen sich - hier - alle einig zu sein: Nein, die Einbindung beider deutscher Staaten in die jeweiligen Systeme war zu stark, zu starr, als das Eigenes sich hätte durchsetzen können. Bisky ist menschlich überzeugend, bringt mit der ihm eigenen Art seine, unsere Positionen auf den Punkt: Die DDR war ein Versuch, ein anderes, gerechteres System zu gestalten, allerdings von Anfang an durch sowjetisches Vorbild und Drucksituation von außen diskreditiert. Er hält diesen Versuch, trotz aller Kritik, für wichtig und steht zu seiner Vergangenheit. Das Publikum ist nicht zufrieden, will Schuldgeständnisse, Abbitte - oder was? Am Ende dümpelt die Runde dann doch noch vor sich hin - mit sehr langen, sehr persönlichen Statements aus dem Publikum. Auch wenn es mir schwer fällt, diese auszuhalten - sie zeigen doch eines: Der Bedarf

Nichts zu tun

Ich sitz gelangweilt auf der Banke.
Die Sonne lacht, das wärmt so schön.
Und mich bewegt nur ein Gedanke:
Es kann mir gar nicht besser gehn.
Es tut so gut, sich auszuruhen
und nichts zu tun.

Und während ich behäbig sitze,
passiert in München grad ein Mord.
In Köln setzt jemand eine Spritze.
Ein Schrei am Cap: „Mann über Bord!“
Ein Pole stirbt - trotz Stoßgebets.
Er hatte Aids.

Herr Bush sagt grad in einer Rede,
der Terrorismus sei besiegt.
Ein Arbeitsloser nimmt nun jede
Beschäftigung an, die er kriegt.
Ein Brand brach in 'ner Werkstatt aus.
Jetzt brennt das Haus.

Ein Flugzeug startet mit Gedröhne.
Ein Raucher fühlt sich impotent.
In China steigen Stundenlöhne
von zwanzig nun auf dreißig Cent.
Ein Mann schreibt mit im Stadt-Café
(vom BND).

Die Börse konstatiert Gewinne.
Im Kongo stirbt ein Kind an Ruhr.
Ein Blitz trifft eine Regenrinne.
Ein Esel bleibt trotz Schlägen stur.
Ein Unternehmer fleht zu Gott.
Er ist bankrott.

Die Menschheit stürzt sich ins Verderben.
Durch Krieg erringt man Höchst-Profit.
Man schießt zu oft, und täglich sterben
kollaterale Opfer mit.
Vielleicht geht bald die Erde drauf.
Wer hält das auf?

Ich sitz gelangweilt auf der Banke.
Die Sonne lacht, das wärmt so schön.
Und mich bewegt nur ein Gedanke:
Es kann mir gar nicht besser gehn.
Es tut so gut, sich auszuruhen
und nichts zu tun.

Wolfgang Reuter

*Mehr unter: www.wolfgang-reuter.com
Zu empfehlen: Das Buch „High-matt-Land“ mit satirischen Gedichten (9,90 Euro), E-Mail an wolfgang.reuter@dsf.de genügt.*

an Auseinandersetzung, Selbsterklärung und -rechtfertigung (an manchen Stellen hat man auch den Eindruck, dass es Bedarf nach therapeutischen Gesprächen ist) ist auch nach siebzehn Jahren noch riesig. Und daher ist es auch unsere Pflicht als linke Partei des Ostens, Partei der Vor- und Nachwendzeit, als Verantwortungsträger in Vergangenheit und Gegenwart, unsere Positionen kontrovers zu diskutieren, sie öffentlich zu machen und weiterzuentwickeln. Stellen wir uns diesem - ohne persönliche Eitelkeit, ohne Verletzungen.

Gabriele Hiller (Mda)

Wahlkampf in Bremen

Sonnabend, eine Woche vor dem Wahltag in Bremen, am frühen Morgen 5.00 Uhr am Karl-Liebknecht-Haus, es sammeln sich die Wahlkämpfer aus Berlin, die in Bremen für die neue Linke die Briefe von Gregor und Oskar stecken wollen. Wir werden mehr und mehr, alle kennen sich, man steht in Gruppen beieinander, bald sind wir fünfzig Helferinnen und Helfer. Die Aufteilung auf die Autos ist bald erfolgt, die Handnummern sind ausgetauscht, wir werden im Konvoi fahren. Die Stimmung ist aufgekratzt, jeder Neuankommeling wird jetzt extra begrüßt, bald soll es losgehen. Einer fällt mit seinem Aufzug aus dem Rahmen. Es ist Marian Krüger der Abgeordnete, in dunklem Anzug, weißem Hemd und Lackschuhen. Allgemeines Hallo: „Bist wohl von ner Party übrig geblieben?“ – „Nee, der kommt immer so.“ Einer so laut, dass es alle mitbekommen: „Wer hat denn einen Frühgottesdienst mit Pfarrer bestellt?“ Gelächter. Dann geht es los, wir brauchen über vier Stunden bis Bremen, kurz vor dem Ziel ein Zwischenstopp, erneutes Sammeln, denn die beiden Transporter aus Lichtenberg und Friedrichshain sind nicht so schnell wie wir mit den Pkw. Ich fahre als Schlusslicht hinter Schmitti aus Lichtenberg, mit mir im Auto Martina Immisch und Wolfgang Herzog aus Marzahn sowie Rudi Gensch aus Lichtenberg, der aber zu Tempelhof-Schöne-

berg zählt. Bernd-Rüdiger Lehmann fährt eine Fuhre mit drei Hellersdorfern, Martin Sudmann, Olaf Junghans und Michael Rosensky, die bekommen wir aber erst in Bremen zu Gesicht, sie sind solo unterwegs. Ankunft am Sammelplatz in Bremen. Dort sind wir Hunderte aus vielen neuen und alten Bundesländern, die gepflegt und eingewiesen werden, immer vier Pkw-Besatzungen, ein Ortskundiger für alle, Straßenkarten und sechs Kartons mit Briefen, vornehm im Umschlag, für jede Vierermannschaft 3000. Wir kriegen das Gebiet rings um Radio Bremen, Schwachenfeld, Reihenhäuser, Jugendstilvillen, Straßennamen von Musikern und Literaten, viel Grün, offensichtlich viel Geld, viel warm, viel laufen. Zu jeder Villa gehört ein Zaun, aufklinken, (kein Tor ist verschlossen), dann aber kommt's, es sind immer sieben oder acht Stufen bis zur Haustür, wo der Briefkasten ist, es gibt immer eine Treppe. Oft nur ein Namensschild. Also, wir sind in einer „beseren Gegend“, wer hier wohnt, kann sich's leisten. Beim Stecken sehen wir uns nach Marzahn-Hellersdorfs Hochhäusern, die Briefe wollen und wollen nicht abnehmen. Uns macht eine Eigenheit von Norddeutschland zu schaffen, die wir aus vorangegangenen Wahlkämpfen schon kennen, viele Türen haben den Briefkastenschlitz eine Handbreit

über der Türschwelle! Wie viele Kniefälle und Verbeugungen vor den Wählerinnen und Wählern! Außerdem ist es heiß, die Sonne brennt unerbittlich, Rudi und ich wechseln uns ab, jeder darf mal die Schattenseite der Straße stecken. Etliche sind in den Vorgärten, mähen, hacken und gießen, tratschen oder laden die Einkäufe aus. Das werden dann Gespräche: „Ein Brief zur Wahl von Gregor Gysi und Oskar Lavontaine“ Nicht einer hat abgelehnt, beide sind gut bekannt, genießen offenkundig Sympathie. Bremen, das wissen wir, war schon immer SPD-Hochburg, die Umfragewerte für DIE LINKE sind nicht schlecht, stabil bei fünf Prozent, wir könnten den Einzug in die Bürgerschaft schaffen.



Vier der Wahlkämpfer aus unserem Bezirk: Bernd-R. Lehmann, Michael Rosensky, Martin Sudmann und Olaf Junghans, flankiert von Rudi, dem Hund, Ehrenmitglied der Linkspartei.

Foto: privat

Oft hören wir das Argument, „wenn wir Euch wählen, fehlen der SPD die Stimmen“. Und wir: „Wenn Sie uns nicht wählen, fehlt Ihnen eine linke Opposition, das kann bei den Problemen, die Bremen und Bremerhaven haben, aber schaden.“

Wir sind fußlahm, brauchen eine Pause, der Hunger meldet sich, aber keine Kneipe - nirgends. Bleibt nur die Kantine des Krankenhauses St. Josephs Stift, da lassen wir dann auch einige Briefe auf dem Zeitungstisch zurück. Auf zu letzten Runde. Kurz nach 17 Uhr Anruf von Sylvi Müller vom zentralen Sammelplatz: „Wo bleibt ihr denn, wir sind alle fertig, fahren zurück nach Berlin“ Wir geben Bescheid, dass wir noch zu tun haben und dann allein fahren. Es hilft alles nichts, wir müssen noch vier Straßenzüge bestecken. Die Rückfahrt nach Berlin geht schneller, als gedacht, Rudi auf der Beifahrerseite zeigt immer mit beiden Händen auf die Schilder mit der Geschwindigkeitsbegrenzung: „120, Norbert 120!“ Als ich Martina und Wolfgang an der Zühlsdorfer Str. auslade, steigen Feuerwerksraketen in den Himmel. Nicht uns zu Ehren, es ist Marzahner Frühling. Gefreut haben wir uns trotzdem. Eine Woche und einen Tag später erst recht über das Wahlergebnis.

Norbert Seichter

Post an uns Straßenumbenennungen?

Bis zum Jahr 1990 wohnte ich in der Heinrich-Rau-Straße. In jener Zeit kam eines Tages ein Fragebogen angeflattert, ob ich mit einer Straßenumbenennung einverstanden wäre. Vermutlich im Einvernehmen mit den meisten Bewohnern war ich es nicht. Trotzdem wurde aus der Heinrich-Rau-Straße die Märkische Allee.

Im Jahr 1938 waren Schilderstürmer einer anderen Kategorie unterwegs und veranlasseten im Ortsteil Mahlsdorf mit antisemitischer Vorgabe die Umbenennung von Mendelssohn-, Meyerbeer-, Offenbach-, Liebermann-, Mahler-, Heine- in Landvogt-, Friesacker -, Pfalzgrafen-, Schongauer-, Telemann-, Fasanenstraße / Weg. Eine Namensgebung, die, abgesehen von dem Frevel, keinen faschistischen Ungeist widerspiegelt und mit der man in der DDR konnte und auch noch heute leben kann. Ganz im Gegenteil zu Straßennamen, die wir im ehemaligen Westberlin finden können, wie Hindenburgdamm, Papestraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Spanische Allee usw. usw.

Seit einigen Jahren wird, wie mir scheint, manchmal mit einer gewissen Hysterie über eine Rückbenennung der Mahlsdorfer Straßen/Wege diskutiert. Ich hoffe nur, dass der demokratische Prozess weiter gediehen ist als im Jahr 1990 und das Votum der betroffenen BürgerInnen beachtet wird. Es gibt m. E. auch andere Möglichkeiten, um den genannten jüdischen Künstlern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Außerdem ist es nicht das einzige Problem, das wir mit Straßenumbenennungen der NS-Zeit und aus jüngerer Vergangenheit haben.

Viktor Durnick

Bei anderen gelesen:

Zitat der Woche unter
<http://zitate.net/>

Takt ist die Fähigkeit, einem anderen auf die Beine zu helfen, ohne ihm dabei auf die Füße zu treten.

Curt Goetz

17.11.1888 - 12.09.1960

deutscher Schriftsteller und Schauspieler

Wirklich gute Freunde sind Menschen, die uns ganz genau kennen und trotzdem zu uns halten.

Marie von Ebner-Eschenbach

13.09.1830 - 12.03.1916

österreichische Schriftstellerin

Politische Bildung:

Zwischen verwaltungspolitischem Korsett und Gestaltungslust

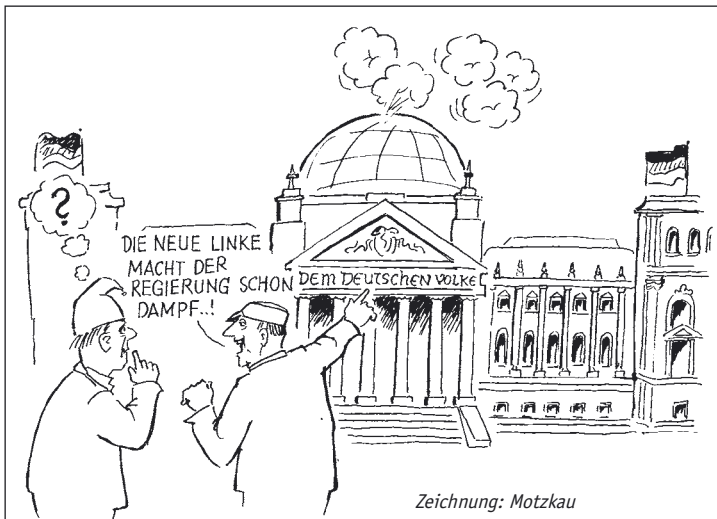
Seitdem DIE LINKE.PDS in Berlin kommunalpolitisch in der Verantwortung steht, steht sie zugleich vor einem Dilemma: Vieles, sehr vieles wird per Beschlusskompetenz von Abgeordnetenhaus und Senat vorgegeben. Die Spielräume, auf Bezirksebene eigene Prioritäten zu setzen und politische Vorstellungen zu realisieren, sind gering. Das ist in den anderen Bezirken unter anderen parteipolitischen Konstellationen nicht anders. Soziale Gerechtigkeit aber, für die DIE LINKE.PDS politisch angetreten ist, scheint im heutigen Deutschland unbezahlbar zu sein. Insofern bläst ihren VertreterInnen der Zeitgeist stärker als anderen ins Gesicht. Und in Marzahn-Hellersdorf sind dazu die Mehrheitsverhältnisse knapp. Trotzdem treibt die Bürgermeisterin die Lust zum Gestalten um.

Dagmar Pohle, Jahrgang 1953, studierte Philosophin, ist seit 1982 im Bezirk Marzahn kommunalpolitisch verwurzelt. 1990 bis 1999 war sie für die PDS zuerst Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Berlin (Ost), dann des Gesamtberliner Abgeordnetenhauses und hat sich dort vor allem gesundheits- und sozialpolitisch engagiert. 2002 bis 2006 war sie Bezirksstadträtin für Wirtschaft, Soziales und Gesundheit im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Seit 16. November 2006 ist sie Bezirksbürgermeisterin. Am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, stand sie trotz ihres vollen Kalenders den Gästen des Marzahner Gesellschaftspolitischen Forums Rede und Antwort.

Vor sich hat sie ihren „Bad woman calendar“, ein unbeschriebenes Blatt Papier und einen Kugelschreiber gelegt. Und dann erzählte sie aus dem Alltag eines Berliner Bezirks, der von der EinwohnerInnenzahl eigentlich eine Großstadt ist. Sie berichtete auch von den Sorgen und Nöten des Bezirksamtes. Am we-

bei einem Haushalt, wo BVV und Bezirksamt ohnehin nur einen geringen Teil disponieren können, denn das Gros sind gesetzlich festgelegte Verpflichtungen. Da entsteht die Frage: Wo und wie kann gespart werden, ohne Leistungen für die BürgerInnen zu kürzen? Eine Frage, die mit Blick ins eigene Portemonnaie

heute existenziell in vielen Marzahner und Hellersdorfer Familien steht. Dagmar Pohle versucht den Spagat zwischen den verwaltungspolitischen Vorgaben und dem tatsächlichen Bedarf „ihrer“ MitbürgerInnen. Sie spricht über Turnhallen (amtsdeutsch: „gedeckte Sportflächen“), die ungenutzt sind („manchmal keine geleitete Nutzung“), über Personalführung, über den demographischen Wandel im Bezirk, über Finanzen und partizipativen Bürgerhaushalt, über Ehrenamt und Basisdemokratie, über Gewerkschaftsarbeit und Volkssolidarität, über den Verlängerungsbau der Fußgängerbrücke über den S-Bahnhof Marzahn und über



nen sprach sie aber über sich selbst, und trotzdem wurden ihre klaren politischen Positionen deutlich – eine Kunst, die nicht jeder Politiker der Linkspartei.PDS beherrscht.

Mit der Besetzung des Bezirksamtes entsprechend dem Wahlergebnis (Proporz) hat sie gute Erfahrungen gemacht. Fast alle Beschlüsse werden einstimmig gefasst, Bürgermeisterin und Stadträte sprechen also nicht nur formal mit einer Stimme. Die Nagelprobe waren die vergangenen Haushaltsberatungen. Aus den Fachressorts gab es für 14 Mio. EUR Mehranmeldungen über das Limit. Und das

das MieterInnenfest der DeGeWo, das mit fast 9.000 angemeldeten BesucherInnen aus ganz Berlin helfen wird, Klischees über den Plattenbaubezirk abzubauen. Da spürten die Gäste des Forums die Gestaltungslust, die Dagmar Pohle umtreibt.

Ihre Kompetenz, ihre politische Erfahrungen, ihre Zähigkeit und ihre Art, sich immer wieder selbst kritisch in Frage zu stellen – das ließ den Abend mit dem Gefühl ausklingen: Diese Bürgermeisterin tut gut!

Wolfgang Girus

Siedlungsgebiete:

S-Bahnhof Mahlsdorf soll Regionalbahnhof werden!

Auf der Bezirksverordnetenversammlung im Monat Mai 2007 sprachen sich die Bezirksverordneten mit großer Mehrheit dafür aus, dass Bezirksamt zu beauftragen, sich gegenüber den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass der Regionalbahnhof auf der so genannten Ostbahn, wie geplant, im S-Bahnhof Mahlsdorf einzurichten ist. Die so genannte Ostbahn stellt die kürzeste Verbindung Berlins mit Ostbrandenburg und Westpolen dar. Es ist aus unserer Sicht auf Grund des ständig steigenden Verkehrsaufkommens in der Region von großem Interesse, dass Reisende direkt vom S-Bahnhof Mahlsdorf diese Verkehrsverbindungen nutzen können. Dabei sollen kurzfristige Varianten unter der Nutzung der bisherigen Infrastruktur des Bahnhofs Mahlsdorf geprüft werden. Um kurzfristige Lösungen zu ermöglichen

und Platz für notwendige Umbauarbeiten zu schaffen, könnten die Verstärkerfahrten der S-Bahn bis Hoppegarten führen, statt in Mahlsdorf zu enden. Hier würde die S-Bahn zugleich dem gewachsenen Fahrgastpotential gerecht werden.

Einrichtung eines Straßenkatasters wird weiter diskutiert!

Im Zusammenhang mit dem Erschließungsbeitragsgesetz sind durch den Bezirk ca. 900 Straßen auf die Anwendung des Gesetzes zu prüfen. Um hier für die Siedlerinnen und Siedler eine entsprechende Rechtssicherheit herzustellen, ist die Einrichtung eines bezirklichen Straßenkatasters dringend geboten. Über die Aussagefähigkeit eines solchen Katasters und den dafür notwendigen Bedarf

an Fachpersonal gibt es zwischen dem Bezirksamt und den Ausschüssen der BVV weiteren Diskussionsbedarf. Obwohl sich das Bezirksamt mehrfach für die Rechtssicherheit der Bürgerinnen und Bürger ausgesprochen hat, wird hier unter der Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beim Verwaltungshandeln die weitere Diskussion gesucht. Die Linkspartei.PDS wird sich an dieser Diskussion sachlich und konstruktiv beteiligen. Dabei besteht unser Ziel darin, zu gemeinsamen tragfähigen Lösungen beizutragen, die es den Bürgerinnen und Bürgern in den Siedlungsgebieten ermöglichen, Sicherheit bei der Anwendung des Erschließungsbeitragsgesetzes zu erhalten.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender der Linkspartei

Veranstaltungen:

» **10.6., 12 Uhr**, Parkfriedhof Marzahn, Wiesenburger Weg, 12679 Berlin, **Gedenkveranstaltung** des Ökumenischen Forums Marzahn-Hellersdorf sowie des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg am Sinti-Stein. Seit 1986 gedenkt das Ökumenische Forum hier dieser Opfer des Rassenwahns.

» **11.6., 11 Uhr, Einweihung** des neu gestalteten Peter-Weiss-Platzes, 12627 Berlin

» **12.6., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: „Verlorene Träume. Über 60 Jahre Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, Referent: Prof. Dr. Siegfried Prokop; Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **22.6., 20 Uhr**, in der Umweltstation ALPHA II auf dem Abenteuerspielplatz Marzahn-Nord, Schorfheidestraße 52, 12689 Berlin, Straßenbahnlinien M 8 und 16, direkt an der Endhaltestelle Ahrensfelde, **European Folkmusic**, Lagerfeuer und Grill, Eintritt 10 Euro, bei Vorbestellung unter Tel. 030/9 33 92 75 nur 8 Euro

» **27.6., 10 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Unternehmerfrühstück** mit Petra Pau (MdB), „Die neue LINKE und die Wirtschaft?“

» **2.7., 19 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Literatur-Premiere** im Schloss: „Einfach leben - hüben wie drüben“, Erika Maier stellt gemeinsam mit dem Karl-Dietz-Verlag ihr Buch vor. Ärztinnen aus Meiningen und Augsburg, Architektinnen aus Marzahn und Kreuzberg und zehn andere Ost-West-Paare erzählen über sich, ihren Beruf, ihre Familie, über Deutschland und die Welt.

Aufruf**„Wir schreiben für den Frieden“**

Am 1.9.2007 wird es im Kulturforum Hellersdorf ab 14 Uhr eine Friedenslesung geben. Kulturring in Berlin e. V. hat dazu einen Wettbewerb gestartet. Mit Gedichten und kurzen Texten ist eine Anmeldung zur Beteiligung bis 31. Juli 2007 möglich. Bitte senden Sie Ihre persönlichen Beiträge unter dem Kennwort „Friedenslesung“ an nordost@kulturring.org oder Kulturring in Berlin e.V., Allee der Kosmonauten 69, 12681 Berlin. Unter: www.friedenslesung.de weitere Informationen.

Siegfrieds Frage**NATO-Abrüstungspolitik**

Bezogen auf die Vorbereitung der US-Raketenstationierung in Polen und Tschechien erinnerte Egon Bahr (SPD) im Vorfeld des G8-Gipfels an eine heiße Phase des Kalten Krieges: „Wir haben schon alles gehabt mit dem NATO-Doppelbeschluss. Da haben sich die Amerikaner einen strategischen Vorteil verschaffen wollen mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen, die in 7 Minuten nach Moskau fliegen konnten.“

Der Abrüstungsvertrag vom November 1999 über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) ist bis heute nur von Russland, Weißrussland, der Ukraine und Kasachstan ratifiziert worden.

Russland setzte jetzt seine Gebundenheit an den KSE aus.

Die „freie westliche Welt“ ist entrüstet und zeigt mit dem Finger auf Präsident Putin.

Frage

Woher leiten diese westlichen „Demokraten“ das moralische Recht für derartige Vorwürfe ab - nicht ein einziger NATO-Staat hat bis heute diesen KSE-Abrüstungsvertrag ratifiziert und nicht einer der baltischen Staaten will diesem beitreten?

S. Scholz

Bezirksvorstand

» **12.6. und 26.6.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Hauptversammlung

» **22.6.**, 19 Uhr, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, u.a. mit Wahl der Landesparteitagsdelegierten

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **4.7.**, 20 Uhr (BO Wahlkreise 1 und 2) Alt-Marzahn 64

» **4.7.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf

» **5.7.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzastr. 24/26

» **5.7.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreis 3) Alt-Marzahn 64

» **5.7.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

» **14.6.**, 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

» **21.6.**, 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE.PDS** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312): Mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54 43 18 90

Bürgersprechstunden

» **13.6., 16 Uhr:** Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, Kontaktcafé „Lebensnähe-Marzahn“ e.V., Allee der Kosmonauten 67 (hinter dem Kino Sojus), 12681 Berlin

» **20.6., 19 - 21 Uhr:** Wolfgang Brauer (MdB), Petra Wermke (BVV), „Kiek in“, Rosenbecker Str. 25/27, 12689 Berlin

» **25.6., 16 - 17 Uhr:** Dr. Margrit Barth (MdB), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefon. Anm. unter 23 25 25 36

» **27.6. 16 - 18 Uhr:** Petra Pau (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefon. Anmeldung unter 99 28 93 80

» **2.7., 16.30 - 18 Uhr:** Dr. Gabriele Hiller (MdB), Stadtteilzentrum Hellersdorf-Ost, Albert-Kuntz-Str. 58, in den Räumen des „Mittendrin“ e.V., 12627 Berlin

Rentensprechstunde

» **18.6., 2.7., 16.7.** jeweils 10-12 Uhr in den Räumen des ver.di-Kieztreffs in den Ringkolonnaden, Mehrower Allee 28/30, Hilfe beim Antragstellen, Umgang mit Bescheiden

Fragen zu Hartz IV, ALG II?

» **jeden Donnerstag** von 13 - 15 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Hilfe zu ALG-II-Anträgen und -Bescheiden.

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 5 41 21 30/9 95 35 08 - fax: 99 90 15 61)

Offen: Montag 13 - 17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr, Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

Geschlossen: Am 2. Juli. Und mittwochs ist generell nicht geöffnet.

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: Die Linkspartei.PDS Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 030-5 41 21 30/9 95 35 08, fax: 030-99 90 15 61.

Internet: www.pds-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: marzahn-hellersdorf@linkspartei-berlin.de

Redaktionsschluss: 4.6.2007. Auslieferung ab: 5.6.2007. **Druck:** Eigen-druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 5.7. und 6.9.2007.